

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 54.

Sonnabend, den 4. März 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Neue Kämpfe in Finnland.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns:  
Nach Erledigung vieler zeitraubender Formalitäten ist die finnische Volksvertretung jetzt endlich wieder bei Fragen ersterer Natur angelangt. In dem Augenblick, wo es bekannt wurde, daß die vorjährigen Vorstellungen des Landtages behufs Wiedereinführung gesetzlicher Verhältnisse in Finnland vom Zaren ohne Folgen gelassen wurde, reichlich die „Konstitutionalisten“, d. h. die Schweden und ein Teil der Jungfinnen, nebst den Kleinbauern einen Adressentwurf ein, während der andere Teil der Jungfinnen, der sich von der Partei abgezweigt hat, einen besonderen Antrag einbrachte. In beiden wird auf die verfassungswidrigen Zustände im Lande hingewiesen und betont, daß Finnland eine zu Recht bestehende Verfassung besitzt, deren Ausübung für Rußland durchaus ungefährlich, für Finnland aber von unberechenbarem Schaden gewesen ist. — Der sozialdemokratische Antrag hat mehr die Form einer schonungslosen Anklage. Der Antrag betont zuerst, daß „untertänige“ Adressen und Gesuche die Politik der russischen Gewalt in Finnland weder bisher beeinflusst haben, noch in Zukunft beeinflussen werden. Dennoch sei die Volksvertretung verpflichtet, das, was ist, rückhaltlos anzupfeifen. Sodann wird auf die Ungefährlichkeit der russischen „allgemein staatlichen Gesetzgebung“ hingewiesen, welche Finnland nie anerkennen könne. — Von den in der Duma eingebrachten Vorlagen über die Militärsteuer sagt der Antrag, daß Finnland nichts dagegen habe, den russischen Staatsangehörigen nach Möglichkeit Rechte einzuräumen, die Regierung müsse das aber auf gesetzlichem Wege bei der Volksvertretung beantragen. Die Militärsteuerfrage müsse jedoch auch im Falle einer gesetzlichen Beantragung, die aber bis heute gar nicht erfolgt ist, zurückgewiesen werden. — Der Antrag schildert weiter sehr eingehend, wie der finnische Senat, außerhalb der Verfassung stehend, geradezu darauf hinarbeitet, eine gedeihliche Arbeit der Volksvertretung unmöglich zu machen. Nicht nur, daß der Senat seine Pflicht bezüglich der Ausarbeitung zeitgemäßer Gesetze vollständig vernachlässigt, er tut auch alles, um die vom Landtage ausgearbeiteten Gesetze zu hintertreiben. So hat er noch immer keine Zeit gefunden, das Alkoholverbotsgesetz v. S. 1909 dem Zaren zur Bestätigung zu unterbreiten. Ebenso ruhen die Arbeiterschutzgesetze vom Jahre 1908 und die neue Gemeindeordnungsnovelle noch heute in den Kassetten des Senates. Die Landesregierung verfügt selbstherrlich über die Mittel des Landes. Sie verwirft die Beschlüsse der Volksvertretung bezüglich der kulturellen Ausgaben des Staates, während sie andererseits, entgegen den Beschlüssen der Volksvertretung, viele Millionen als Militärkontribution nach Rußland abführt. Sie entläßt einheimische Beamte, weil sie die Gesetze des Landes nicht nach Wunsch des Generalgouverneurs mißachten und fest Fremde ein, die den Generalgouverneur willfährig zu sein versprechen. Gleichzeitig vergeudet der Senat die Mittel des Landes für die Ausgaben des Generalgouverneurs und die Belohnung der früheren Handlanger Bobrikows. Zum Schluß wird in dem Antrage auf die Rechtspfeifung in politischen Prozessen hingewiesen. Die Pressefreiheit ist soweit eingeschränkt, die Klagen wegen „Majestätsverbrechen“ so allgemein, und die Strafen so schwer und häufig geworden, daß der heutige Zustand wie ein Hohn auf die Pressefreiheit erscheint. Die Justiz ist in diesen Fragen zu einer willfährigen Waffe der Gewalt geworden, besonders seitdem die Prokuratur widergesetzlich einem Russen anvertraut worden ist. Endlich kommt noch hinzu, daß man Finnen, die gegen die Gewalt Herrschaft aufzutreten wagen, den Petersburger Gerichten überantworten will! Diese kurzen Hinweise als Grundlage eines Kommissionsantrages empfehlend, schließt der Antrag mit folgender Forderung:

Die Volksvertretung muß dafür eintreten, daß eine Politik der Unterdrückung des Volkes, ausgeübt durch die russische Regierung und ihre Helfershelfer in Finnland, aufhören soll. Durch diese reaktionäre Politik wird nicht nur das finnische Volk in seinen Lebensinteressen schwer geschädigt, auch die Annäherung an das russische Volk erleidet dadurch Abbruch. Gleichzeitig muß die Volksvertretung die notwendigen Schritte ergreifen, damit die innerpolitische Freiheit in Finnland, wie auch die weitgehendste Möglichkeit der ungehinderten Entwicklung gewährleistet werde.

Die rückhaltlose, mutige Sprache des sozialdemokratischen Antrages fand indes bei den bürgerlichen Parteien keinen Anklang. Unter dem Vorwand, daß die Form dieses Antrages den § 48 des Landtagsstatuts, der „beleidigende Ausdrücke“ gegen die Regierung verbietet, verlegt, beschloß der aus den Vorsitzenden des Plenums und

der Kommissionen bestehende Präsidenschaftsrat, den sozialdemokratischen Antrag von der Beratung auszuschließen. Dieser unerhörte Beschluß wurde vom Salma Swinhufvud durchgeführt, ohne daß den Antragstellern die Möglichkeit gegeben worden wäre, die beanstandeten Ausdrücke zu korrigieren. In der Sitzung vom 24. Februar gelangte der Vorschlag des Präsidenschaftsrates mit 99 Stimmen gegen 88 zur Annahme. Genosse Tokoi legte gegen diese Vergewaltigung Protest ein, worauf die sozialdemokratische Fraktion demonstrativ den Saal verließ. — Bei der darauffolgenden Beratung der bürgerlichen Adressentwürfe kehrte ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in den Sitzungssaal zurück, um den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Geltung zu bringen. Er artikulierte die bürgerlichen Entwürfe und wies darauf hin, daß der sozialdemokratische Antrag sein Hauptaugenmerk auf die Durchführung sozialer Reformen gerichtet habe, während die bürgerlichen Parteien diese Frage gar nicht berührten. Nach Schluß der Debatte wurden die Entwürfe der Kommission für Grundgesetze überwiesen. — Das Vorgehen der bürgerlichen Parteien bei dieser Debatte kann für ihre jetzige Haltung als symptomatisch angesehen werden. Sie wollen offenbar, wie Genosse Ruusinen hervorhob, der russischen Regierung zu verstehen geben, daß sie bereit wären, über alle Wünsche der Sozialdemokraten hinwegzuschreiten! Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie mit dieser perfiden Politik nur ihre eigene Stellung gegenüber den Petersburger Eroberern erschüttern und der Sozialdemokratie nur noch weiteres Agitationsmaterial liefern werden.

## Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Die zweite Lesung des Militär-Etats wurde auch am Freitag nicht völlig zu Ende geführt. Die Tempelhofer Angelegenheit wird erst am Dienstag zur Verhandlung gelangen. Die Freitag-Sitzung wurde wiederum im wesentlichen beherrscht von der sozialpolitischen Debatte, die durch die sozialdemokratische und die Zentrumsresolution zu den Militärverhältnissen veranlaßt wurde. Derselbe Reichstag, der die Resolution unserer Fraktion bei dem Marineetat in namentlicher Abstimmung mit überwältigender Mehrheit angenommen hatte, lehnte die gleichlautende Resolution zum Militäretat ab und nahm ein paar recht nichtsjagende Zentrums-Resolutionen an. Die Notwendigkeit unserer Resolution wurde an einer überwältigenden Fülle konkreter Tatsachen von den Genossen Zubeil, Hue, der den Herren Behrens und Schirmer gründlich die Köpfe wusch, Hoch und Keil dargelegt. Genosse Hengsbach wurde durch einen Schlußantrag gehindert, die Ausführungen der übrigen Redner wertvoll zu ergänzen.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Das Wahlprogramm der Festbesoldeten.

Der Bund der Festbesoldeten hat sein Wahlprogramm formuliert. Nach der Erklärung, der Bund bilde keine selbständige politische Partei und wolle sich auch auf keine bestimmte politische Partei festlegen, werden u. a. folgende Forderungen aufgestellt: Sicherstellung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten; reichsgesetzliche Regelung des Beamtenrechts; ein Staatsgerichtshof als Schiedsgericht in Disziplinarfällen; Aufhebung der geheimen Personalakten; freie und unabhängige Beamtenausschüsse; Abschaffung der Arreststrafen für die unteren Beamten; staatliche Pensionsversicherung für Privatbeamte und Befestigung der Konkurrenzklause; Einleitung einer gerechten Steuerpolitik (progressive Besteuerung unter schärferer Heranziehung der größeren Einkommen und Vermögen, Revision des Einschätzungs- und Veranlagungsverfahrens, Erweiterung der Reichserbschaftsteuer, Einschränkung der indirekten Steuern auf das unerläßliche Mindestmaß).

Diese Programmforderungen sollen bei den Reichstagsmahlen jedem bürgerlichen Kandidaten mit der Frage unterbreitet werden, ob er im Falle seiner Wahl für sie einzutreten bereit sei.

Wirtschaftlicher Boykott.

Unsere Sunker und deren Troß haben schon ein hübsches Quantum Energie aufgewendet, um in gehörig gesteigerter Entrüstung ihren Abscheu über den wirtschaftlichen Boykott, den andere begehen, zu bekunden. Das ist erklärlich, denn die fanatischen Volksfeinde betrachten es als ein Vorrecht ihrer Kaste, in sozialen Sünden schwelgen zu dürfen. In diese ihre Domäne darf kein anderer eindringen, oder die Privilegierten toben — aus sittlicher Entrüstung! Zweifellos ist der wirtschaftliche Boykott als politisches Pressionsmittel durchaus verwerflich wie überhaupt jeder Gewissenszwang aus Egoismus. Und diesen

üben die herrschenden Sippen. Die öffentlichen Abstimmungen bei Wahlen, die Androhung der Entlassung als Strafe für die Bekundung sozialistischer Anschauungen und freigewerkschaftlicher Bestrebungen haben ausgesprochen den Zweck, abhängige Personen gegen ihren Willen zu der Duldung von Schänden und zu der Wahrnehmung der Interessen ihrer Gequert und Ausbeuter zu zwingen. Das ist verächtlicher Terror, das ist Boykott aus gemeinen Motiven. Etwas ganz anderes ist der Boykott aus Notwehr, als Mittel den Gewissenszwang abzuwehren. Aber die Hüter der Claqueurmoral, der Plünderethik verurteilen diese Art Boykott, weil er ihren Terror aus Portemonnaimotiven stört. Wie ungeniert die Ritter des Zollmüchertarifs den wirtschaftlichen Boykott als Pressionsmittel handhaben, darüber liegt ein neuer krasser Fall vor. Die „Voss. Zig.“ berichtet darüber:

Der Landwirt Noack in Krummensee (Kreis Niederbarnim) hat einem liberalen Geschäftsmann in Berneuchen (Kreis Oberbarnim) erklärt, er würde von ihm fernerhin keine Waren mehr beziehen, wenn er nicht aus dem dortigen Verein der Fortschrittlichen Volkspartei austrete. Leider hat sich der Kaufmann einschüchtern lassen. Als diese Angelegenheit am Sonntag in einer Versammlung zu Berneuchen vom Landtagsabgeordneten Dr. Schepp vorgebracht und scharf getadelt wurde, brüstete der anwesende Herr Noack sich noch mit dieser Geldentat und erklärte, auch künftig ebenso handeln zu wollen. Von den anwesenden Konservativen, auch nicht von dem Kandidaten Herrn Rechtsanwalt Vredereck, hatte keiner ein Wort des Tadelns für dieses Vorgehen ihres Parteigenossen.

Unsere Genossen werden nicht unterlassen, die Sündlergesellschaft bei passenden Gelegenheiten durch den Hinweis auf solche Taten ihrer Selben moralisch zu züchtigen.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Bei der Beratung des Etats der Bauverwaltung, bei der das Abgeordnetenhaus am Freitag begann, unternahmen die Konservativen einen bemerkenswerten Vorstoß gegen diejenigen Bundesstaaten, die mit der Erhebung von Schiffsabgaben nicht einverstanden sind. Sie beantragen nämlich die Kürzung des Ausgabenpostens Unterhaltung von Kanälen und begründen das mit Rücksicht auf die Tatsache, daß der preussische Staat mit erheblichen Kosten die Fahrtiefen auf der Elbe und anderen natürlichen Wasserstraßen über das vertraglich abgemachte Ziel hinaus unterhalten habe. Sie verlangen, daß bis zur Erledigung des Schiffsabgabengesetzes die Fahrtiefen nur in der dem Vertrage entsprechenden Weise unterhalten werden sollen. Ebenso wandten sie sich gegen eine etwaige Weiterführung des Mittelkanals.

Zur Abstimmung über den Antrag kam es nicht, er wurde vielmehr zurückgezogen, weil der Minister erklärte, er werde auch, ohne daß der Antrag angenommen wird, den Wünschen der Antragsteller gerecht werden.

Unser Genosse Liebknecht, der in die Debatte eingriff, wies nach, daß es sich bei dem Antrag, der anscheinend so harmlos aussieht, in Wirklichkeit um einen Vorstoß gegen Süddeutschland handele. Obwohl die Konservativen dies bestreiten, hat unser Redner zweifellos das richtige getroffen. — Heute ist die Beratung des Etats der Bauverwaltung fortgesetzt worden.

Fortschritt und Nationalliberale in Westfalen.

Der Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei im Bezirk Hagen hat den Beschluß gefaßt, keine Wahlwerftandigung für die Provinz Westfalen anzubahnen, sondern sich freie Hand gegenüber Bezirksabmachungen mit den Nationalliberalen zu wahren. Die Nationalliberalen hatten schon früher einen ähnlichen Standpunkt eingenommen. Durch diese gegenseitige Erklärung können nun Wahlabmachungen der liberalen Parteien für Westfalen definitiv als gescheitert gelten.

Aus einem Kleinstaate.

Vor kurzem ist der Landtag für Lippe zusammengetreten. Die Regierung hat ihm eine Vorlage unterbreitet, um das materielle Verhältnis der „Krone“ zum „Staate“ zu ändern. Der Fürst von Lippe bezieht keine Zivilliste, sondern ist auf die Netto-Erträge des Hausgutes (etwa eine halbe Million Mark) angewiesen. Damit würde sich der Inhaber des Lippeischen Fürstenthums schließlich zufriedengeben, wenn nicht zu der Zeit, als das „Recht“ der Biesterfelders Grafen auf den Lippeischen Thron noch nicht unzweifelhaft gesichert war, eine Abmachung mit dem Landtage erfolgt wäre, durch die das fürstliche Hausgut verpflichtet wurde, 10 Proz. zu allen Mehraufwendungen für Beamtengehälter beizusteuern. Diese Verpflichtung ist dem Fürsten unbequem geworden und hat ihn u. a. veranlaßt, Verbesserungen der Lippeischen Verhältnisse hindernd in den Weg zu treten.

Nach der Regierungsvorlage sollen nun folgende Änderungen eintreten: Das Domanium (ein Fünftel des Lippeischen Landes = 24 000 Hekt.) bleibt fürstliches Haus-

gut. Aus den Erträgen erhält das Land eine feste Rente von jährlich 125 000 Mk. und von den Überschüssen — soweit sie 500 000 Mk. übersteigen, ein Viertel. Der Rest soll jährlich 500 000 Mk. erhalten und von den Überschüssen drei Viertel. Die Vorlage wird wahrscheinlich einer Kommission überwiesen werden. Der Einfluß der Sozialdemokratie im Landtage ist leider nur gering: von 21 Sitzen haben unsere Genossen nur einen inne.

### Sozialdemokratische Wahlparole für die Stichwahl in Zimmernstadt.

Am 3. März hielten die Vertrauensmänner des Wahlkreises Rempten-Simmenstadt mit Vertretern des Landesvorstandes für Südbayern eine Konferenz ab, in der beschlossen wurde, in der Stichwahl für den liberalen Kandidaten Dr. Thoma, zu stimmen. Dr. Thoma hat sich schriftlich verpflichtet, gegen jede Verschlechterung des Reichstagswahlrechts, gegen jeden Angriff auf das Koalitionsrecht, gegen jedes Ausnahmegesetz und gegen jede Einschränkung der Selbstverwaltung bei der Sozialgesetzgebung sich mannhafte Wehr zu setzen.

### Der bekümmerte Bethmann.

Die „Berliner Börsenzeitung“ gibt aus einem ihr zugegangenen „Situationsbild“ folgende Sätze wieder: „Kein anderer als Herr v. Bethmann-Hollweg ist es, der das Beiseite stehen der Mittelparteien und das negative Verhalten dieser Gruppen bei der gemeinsamen Arbeit am meisten bedauert. Die Gänge des letzten parlamentarischen Abends beim Reichskanzler werden es bestätigen müssen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg nichts unversucht ließ, um die Überbrückung der sich immer mehr geltend machenden Klüfte zu versuchen. Es soll hier nicht wieder gegeben werden, wie unerwartet und unerwünscht dem Reichskanzler gerade in dieser Zeit der Einigungsversuche die Kampfanlage der Konservativen an die Nationalliberalen kam, denn es würde zu heftigen Polemiken führen, wenn man aus diesen letzten Tagen einige Streiflichter des vertraulichen Meinungsaustausches wiedergeben würde. In Bundesratskreisen fiel mit diesem Augenblick auch jede Hoffnung, auf dem bisher eingeschlagenen Wege zum Ziele zu kommen. Es heißt nichts ausplaudern, wenn man hierbei erwähnt, daß die wiederholten Besuche des Kaisers im Reichskanzlerpalais pourparlers über die notwendigen Konsequenzen in sich schlossen. Durch eine — sagen wir mal — Indiskretion kam als erste Folge dieser Aka andererweitiger Versuche die Nachricht aus Tageslicht, daß die Regierung in der Festsetzung des Wahlterminus nicht mehr die ursprüngliche definitive Absicht, die der Rechte als eine Konzession zur Erziehung der „Sammlung“ eingeräumt worden war, unbedingt einhalten wollte, weil eben die Grundbedingungen für diese Regierungshaltung in Fortfall gekommen waren.“  
Armer Bethmann!

### Koloniale Eisenbahnwünsche.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft ist unermüdetlich in — Forderungen, die sie an den Reichstag stellt. Jetzt verlangt sie, daß die Wambara-Bahn nicht mit dem vorgezeichneten Endpunkt Wafisi aufhöre, sondern, ohne den Bau zu unterbrechen, sofort bis zum Meru weitergeführt werde.

Woher die Mittel kommen sollen, das macht den Leuten von der Kolonialgesellschaft das wenigste Kopfzerbrechen.

### Anschauungs-Unterricht für Reichstags-Abgeordnete.

Um die Mitglieder des Reichstages über die Kebabauschädlinge und die Art ihrer Bekämpfung zu informieren, findet am kommenden Dienstag in einem Saal des Reichstagsgebäudes ein Demonstrationsvortrag statt. Geheimrat Prof. Dr. Behrens wird den durch Lichtbilder unterstützten Vortrag halten. — Vor einigen Tagen ist einer Anzahl Reichstagsabgeordneter auch das Modell eines Flugapparates durch einen militärischen Sachverständigen erläutert worden.

### „Vater Daller“ tot.

Der Führer der Zentrumsfraktion im bayerischen Landtag, Dr. von Daller, ist Freitag mittag im Alter von 76 Jahren in Freisingen gestorben. Er lag schon seit längerer Zeit an Arterienverkalkung krank. Daller begann seine parlamentarische Tätigkeit im Februar 1871 und gehörte seitdem ununterbrochen dem bayerischen Landtag an, in dem er als Führer der bayerischen Zentrumsfraktion eine hervorragende Rolle spielte.

### Zur reichsständischen Verfassungsfrage.

Nach einer Mitteilung der „Völkischen Zeitung“ sind die Verhandlungen zwischen den verbündeten Regierungen über die Elsaß-lothringische Verfassungsfrage abgebrochen. Wie die „Straßburger Post“ meldet, ist nun beabsichtigt, zunächst mit den Parteien in Fühlung zu treten und mit ihnen zu beraten, wie sie sich zu den „äußersten“ Zugeständnissen des Bundesrats stellen werden. Die Reichstagskommission werde erst wieder zusammenberufen werden, wenn die Verhandlungen mit den Parteien ein annehmbares Ergebnis gezeitigt hätten.

Die „Kreuzzeitung“ gibt eine Korrespondenzmeldung wieder, nach der die Nachricht, Elsaß-Lothringen werde für wirtschaftliche Fragen drei Bundesratsstimmen zugesandt erhalten, „inhaltlich unzutreffend“ und von keiner zuständigen Stelle veranlaßt worden sei.

Bei der zweiten Sitzungsung im Landesauschuß für Elsaß-Lothringen tabelte Abg. Blumenthal die Regierung wegen ungenügender Verteidigung des Landes im Reichstag gegen die Angriffe wegen der angeblichen politischen Untertänigkeit der Elsaß-Lothringer, die bei den Verfassungsdebatten erhoben worden seien. Staatssekretär Jörn v. Sulach erklärte im Verlauf der Verhandlungen, daß die Kaiser macht für Elsaß-Lothringen nützlich sei als ein lebenslangliches Statthalteramt. Es sei notwendig, daß die Kaiser macht für Elsaß-Lothringen erhalten bleibe. Der Staatssekretär sprach schließlich die Hoffnung aus, daß Elsaß-Lothringen die gewünschten Bundesratsstimmen erlangen werde.

### Dänemark.

Island und Dänemark. Die Bewohner Islands trachten seit einiger Zeit ernstlich danach, das Verhältnis der Insel zu Dänemark gründlich umzugestalten. Ein Teil von ihnen verlangt volle Trennung, d. h. Unabhängigkeit Islands, während ein anderer, und zwar der größere Teil, Autonomie des Landes wünscht unter Personalunion mit Dänemark. Jetzt ist in Kopenhagen aus der isländischen Hauptstadt Reykjavik die Nachricht eingetroffen, der isländische Reichstag (Althing) habe dem Minister Björn Sonsson ein Mißtrauensvotum gegeben, das der Minister veranlaßt habe, beim König um seine Entlassung einzukommen, die dann auch unverzüglich bewilligt worden sei. Der Sturz des Ministers scheint dadurch hervorgerufen, daß die Mehrheit des Althings mit der unklaren Haltung des Ministers unzufrieden war. Die isländische „Los-von-Dänemark-Partei“ ist augenscheinlich übermächtig und denkt daran, einen neuen Vorstoß gegen die Verbindung mit Dänemark zu unternehmen. Die isländische Separatistenbewegung nahm einen ersten Charakter an, als es 1905 den norwegischen Separatisten gelungen war, zum Teil unter Beifall von dänischer Seite — die Union mit Schweden zu lösen.

### Rußland.

Blutige Statistik. Das Wüten der Ordnungsbrechen in Rußland wird durch folgende Zahlen, die von der Wirklichkeit noch weit entfernt sind, illustriert: Im Jahre 1905 wurden mit und ohne Gerichtspruch hingerichtet: 900 Personen, 1906: 1605 Personen, 1907: 1139 Personen (1692 Todesurteile), 1908: 983 Personen (2131 Todesurteile), 1909: 717 Personen (1551 Todesurteile), Januar bis Oktober 1910: 150 Personen, insgesamt mehr als 5500 Personen. Bei Zusammenstößen mit der Polizei und den Truppen wurden 1905 getötet 22630 und verwundet 33524 Personen. Außerdem forderten die Pogrome im Oktober 1905 ca. 8600 Tote und Verwundete. Im Jahre 1906 belief sich die Zahl der Opfer der Strafexpeditionen in den Ostseeprovinzen allein auf 1200. Vom 1. September 1905 bis 1. September 1906 fanden 638 Pogrome statt, bei denen die Polizei ihre Hände mit im Spiel hatte. Es wurden von den Pogromen betroffen 37075 Familien, bestehend aus 158101 Köpfen, von denen 937 Personen getötet und 1190 schwer verwundet wurden. Hierzu kommt noch der von den aufgehehten Truppen organisierte Pogrom in Siedlee, bei welchem zirka 700 Personen getötet und verwundet wurden. Während derselben Periode wurden Hunderttausende von Personen in die Gefängnisse geworfen, Zehntausende in die Verbannung geschickt. Die Zahl der Gefangenen erreicht jetzt die Höhe von 225 000, von denen zirka 45 000 auf die Katorgangefangenen entfallen! Die Lage der Gefangenen wird grell illustriert durch die Zahl der Selbstmorde in den Gefängnissen, die sich allein im Jahre 1909 auf 112 belief.

### Holland.

Ujce Beispiele verderben gute Sitten. Dem Beispiel des „großen Nachbarn“ Deutschland folgend, will nun auch Holland den Tabak „bluten“ lassen. Bei der Zweiten Kammer ist jetzt eine Vorlage betreffs einer Verbrauchssteuer auf Tabak und Zigarren eingereicht worden. Die Steuer wird 10 Prozent des Verkaufswertes betragen. Ihr Erlös wird auf zwei Millionen Gulden veranschlagt. Das Gesetz soll ab 1. Januar 1912 Anwendung finden. Tabakverkauf behufs direkten Verbands nach dem Ausland werden nicht besteuert.

### Asien.

Eine antijapanische Verschwörung in Korea. Nach Meldungen russischer Blätter soll in Korea eine neue umfassende Verschwörung entdeckt worden sein. Die an ihr beteiligten Koreaner sollen die völlige Zerstörung der großen von den Japanern erbauten Bahnlinie von Seoul nach Fusan beabsichtigt haben. Gleichzeitig sollte eine Art sizilianischer Vesper in Seoul abgehalten und alle Japaner ermordet werden. Es sollen Briefe aufgefunden worden sein, aus denen hervorgeht, daß 50 000 Koreaner ihre Bereitwilligkeit erklärten, an der Zerstörung der Bahn teilzunehmen.

### Eine libertargardische Stilübung.

In der „Kreuzzeitung“ beschäftigt sich C. v. Zepelin mit einer Betrachtung der Kommune in Paris vor 40 Jahren, um der Gegenwart einen „Werkruj“ ins Ohr zu schreiben. Selbstverständlich wird auch nicht einmal der Versuch gemacht, der Geschichte der Pariser Kommune objektiv gerecht zu werden, sondern junkerliche Entrüstung töbt sich aus und brüllt von „Schandtat“, „gemeinsten Verbrechen“, „wahnwüthiger Zerstörungslust“, Beweise, daß die junkerliche Geschichtswissenschaft aus übelbustenden Quellen floß.

Aber die Beschimpfung und Begeisterung der Kommune-Kämpfer ist dem Kreuzzeitungsjunker nicht die Hauptsache, sondern es kommt ihm darauf an, die Sozialdemokratie anzupöbeln, mit der ohnmächtigen Wut boshafter Hasses die Regierung gegen die sozialdemokratische Bewegung scharf zu machen, um zu Ausnahmegeetzen zu ermuntern.

Außerdem werden dem Liberalismus bitterliche Vorwürfe gemacht, daß er angeblich die Sozialdemokratie fördere. „Und jetzt sehen wir leider auch Geldmächte, an deren Herrschaft so viele Staaten der Welt zugrunde gingen, — am Werke, in selbstmörderischer Weise die Sozialdemokratie dadurch zu stärken, daß sie dem mit dieser verbündeten Teile des Liberalismus das Gold bieten, mit dem der mit den unanterseren Mitteln gegen die staatserkhaltenden konservativen Parteien gerichtete Kampf unterstützt wird!“ heißt der Reichsverbandsjunker aus der Tiefe seines bekümmerten Gemüts. Daran schließt sich die herzliche Bitte um ein kleines niedliches Ausnahmegesetz zur Vernichtung und Ausrottung des Umsturzes.

Nit es da nicht hohe Zeit, sich zu besinnen für unser deutsches Volk, ob es der freudhaften Läuung weiter Kreise über die Gefahr des Fortschreitens der Sozialdemokratie für unser Volk, für unser Vaterland nicht endlich

entgegentreten will, statt mit verschränkten Armen zuzuschauen, wie unser Vaterland dem Abgrunde entgegenflutert.“

Denn eine erschreckliche Gefahr droht dem Staat den Kultur und Freiheit: in Deutschland werde gelegentlich noch mehr geplündert und gemordet werden, „als es in dem unglücklichen Paris geschah! . . .“

„Darum ist es Pflicht der Regierung, Pflicht aller wahrhaften Volkseurende, den Vergiftern der Seele unseres Volkes, den Schürern der Revolution beizutreten und mit Energie entgegenzutreten. Schwäche und das hiermit stets verbundene hohe Prestigium haben schließlich viel Blut gekostet, wahre Energie, durch Gerechtigkeitssinn, Wahrheit und Offenheit unterstützt, wird in den seltensten Fällen, selbst dem Männern des Umsturzes gegenüber, zum Schwert greifen, aber Verböhrungen der Autorität, Handlungen roher Gewalt, wie wir sie in den Straßenrevolten Berlins sahen, schon bei den „Spaziergängen der Revolution“ und dann in Moabit und am Wedding, sind nur mit Gewalt niederzuschlagen.“

Und dann kommt der erbauliche Schluß:

„Wer es treu und ehrlich mit seinem Volke meint, der trete denen nicht zur Seite, die die Volkseele vergiften, sondern unterstütze die Regierung unseres Kaiserlichen Herrn. Wer versagt, fördert bewußt oder unbewußt die Revolution und macht sich mitverantwortlich für die nicht zu vermeidenden Folgen, die uns die Kommune von Paris mit ihren Schreckenstagen vor Augen führt.“

Schade, daß solche „Kreuzzeitungs“- und Reichsverbandsverrücktheiten die Donnerstags-Nummer der „Mit Gott für König und Vaterland“-Zeitung zieren. Am Faschingsdienstag wäre ihre Wirkung sicherlich noch heilerer und erbaulicher gewesen!

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 4. März.

Der Sozialdemokratische Verein hält am kommenden Dienstagabend seine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Auf der Tagesordnung steht neben einer statistischen Aufnahme über die Zusammenfassung der Teilnehmer an den Rühle-Vorträgen als Hauptberatungsgegenstand die diesjährige Malfeier. Ein möglichst vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

Fürsorge für jugendliche Krüppel in Lübeck. Dem Bericht des hiesigen Vereins zur Fürsorge für jugendliche Krüppel, der sich auf den Zeitraum von 1908 bis 1910 erstreckt, ist zu entnehmen, daß die Gründung des Vereins auf die bedauerliche Tatsache zurückzuführen ist, daß bei der Krüppelzählung im Jahre 1906 im Staate Lübeck insgesamt 178 jugendliche Krüppel ermittelt wurden, die zum großen Teil der Fürsorge bedurften. Eine erneute genaue Aufnahme der Zahl der Krüppel ergab schließlich, daß nur noch 97 Fälle für den Verein zur weiteren Verfolgung übrig blieben. Diese 97 jugendliche Krüppel hat der Vorsitzende des Vereins aufgesucht, um an Ort und Stelle eine genaue Prüfung der Verhältnisse vornehmen zu können; allen 97 Eltern ist die Möglichkeit geboten worden, ihre Kinder durch einen Spezialisten kostenlos untersuchen zu lassen und zu erfahren, ob etwas bezw. was zu machen sei. Von den aufgesuchten 97 Eltern verzichteten 24 auf die angebotene spezialärztliche Untersuchung, weil eine ärztliche Behandlung bereits auf ihre eigene Verantwortung stattgefunden hatte, weitere 7, weil die Kinder zu der Zeit, als der Besuch erfolgte, bereits konfirmiert und in Stellung gekommen waren; in dem 32. Falle wurde die Übernahme der Kosten der gewerblichen Ausbildung erbeten und vom Vorstand in Aussicht gestellt. 16 Eltern nahmen den Schein für den Arzt an, stellten sich aber nicht zur spezialärztlichen Untersuchung. Nach Abzug dieser 48 Fälle blieben 49 nach, die untersucht und begutachtet sind. In 12 Fällen lautete das Gutachten dahin, daß überhaupt oder aus dem Grunde nichts zu machen sei, weil es zu spät war (vorwiegend ganz schwere Skoliose). In 14 Fällen wurde eine spezialärztliche Behandlung empfohlen, die erforderliche Einwilligung hierzu aber von den Angehörigen nicht erteilt. In den verbleibenden 23 Fällen endlich trat die Fürsorge des Vereins ein. Von diesen 23 jugendlichen Krüppeln sind 16 im Allgemeinen Krankenhaus oder im Kinderhospital operiert (davon 9 auch mit Stützapparaten versehen); 6 sind orthopädisch behandelt, 1 ist einem Nervenarzt überwiesen. Der Erfolg ist durchgehend als gut bis zufriedenstellend zu bezeichnen. Allerdings ist das Fehlen einer Einrichtung zur Vornahme einer Nachbehandlung — nach der Entlassung der Kinder aus dem Krankenhaus, in dem sie teils wegen Platzmangels, teils wegen der Kosten nur eine bestimmte Zeit bleiben können — behufs Sicherung des Erfolges in verschiedenen Fällen schmerzlich vermisst. Die Tätigkeit des Vereins beschränkte sich aber nicht nur auf diese durch das Verzeichnis bekannten Fälle. Man rief den Verein auch noch meistens auf Veranlassung des Arztes oder des Lehrers an. Alle diese Kinder sind spezialärztlich untersucht worden; in einigen Fällen ist nichts weiter geschehen, entweder weil nichts zu machen war oder weil die Eltern ihre Zustimmung verweigerten. 6 Kinder sind im Krankenhaus operiert, 8 orthopädisch behandelt worden. Für die Kinder wurden die angeordneten notwendigen Apparate angeschafft zc. In einem Falle hat der Verein einen Teil der Kosten des Pflegegeldes in der hiesigen Heilanstalt bezahlt. Im Frühjahr 1910 wurden zwei orthopädische Turnkurse mit je 20 Teilnehmerinnen für Mädchen und im Herbst 1910 einer für Knaben ins Leben gerufen. An ordentlichen Einnahmen stehen dem Verein, nachdem verschiedene Freunde der Krüppelfürsorge größere Summen und einmalige Beiträge als Kapital zugewandt haben, aus eigenem 510 Mk. an Mitgliederbeiträgen reichlich 400 Mk., von der Gemeinnützigen Gesellschaft 500 Mk., zusammen 1410 Mk., zur Verfügung. Dazu kamen an außerordentlichen Einnahmen, Sühnegeldern usw., mehrer hundert Mark hinzu, so daß mit einer jährlichen Einnahme von 1500 Mk. gerechnet werden kann. Ausgegeben sind für orthopädisch-chirurgische Behandlung jugendlicher Krüppel im Allgemeinen Krankenhaus 2477 Mk., im Kinderhospital 624 Mark, für orthopädische Behandlung 418 Mk., für Apparate 143 Mk., für Verschiedenes 165 Mk. und für die Anschaffung der notwendigsten Geräte für die orthopädischen Turnkurse bisher 283 Mk., zusammen über 4100 Mk. Die künftige Tätigkeit wird sich noch auf 30 neue Fälle zu erstrecken haben. Mit der vorbeugenden Maßregel der Spezialturnkurse wird in der bisherigen Weise fortzuführen werden. Notwendig wird auch sein, eine kleine Station zur Nachbehandlung — in Anlehnung an ein bestehendes Institut — zu schaffen. Der Verein hofft, daß Menschenfreunde durch Zuwendung von Mitteln es ihm ermöglichen, das gesteckte Ziel baldigst zu erreichen.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Februar auf 1146 (1138), die der Besucher auf 1235 (1269). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vor-



**Curauer  
Tafelbrot**

unübertroffen  
in der Zubereitung.

# Ammalin

Schuhputz Metallputz

Vertreter: Otto G. Stahmer, Hamburg 6.

**Curauer**  
Orig.-  
**Bauernbrot**  
unerreicht  
im Geschmack.



Zur  
**Konfirmation**

empfehle als  
ganz besonders preiswert.

Telephon 684.

Für Mädchen:

Chrom-Chevr.-Schnürstiefel eleg. 5<sup>90</sup>  
Chrom-Chevr.-Schnürstiefel mit Lackk. 6<sup>90</sup>  
Boxkalf-Schnürstiefel dauerhaft 7<sup>50</sup>  
Boxkalf-Schnürstiefel amerikanische Absätze 8<sup>00</sup>  
Echt Chevr.-Schnürstiefel mit Lackk. 9<sup>00</sup>  
Echt Chevr.-Schnürstiefel Lack-Derby 10<sup>00</sup>

Für Knaben:

Wichsleder-Schnürstiefel . . . 4<sup>90</sup>  
Roßleder-Schnürstiefel dauerhaft 6<sup>90</sup>  
Mastbox-Schnürstiefel haltbar . . 7<sup>90</sup>  
Boxkalf-Schnürstiefel elegant . . 8<sup>90</sup>  
Boxkalf-Schnürstiefel m. Lackkappe 9<sup>50</sup>  
Chevr.-Schnürstiefel m. Lackkappe 10<sup>00</sup>

Spezial-Schuhwaren-Verkaufshaus

**J. W. Meyer, 95 Breitestrasse 95.**

### Aufruf

der Waldschulkommission.

Die unterzeichnete Kommission, deren Tätigkeit in den drei Jahren ihrer Wirksamkeit so viele liebevolle Unterstützungen in Gestalt von jährlichen Zuwendungen und Stiftungen fand, die aus allen Kreisen unserer Stadt kamen, wendet sich auch in diesem Jahre vertrauensvoll an die Einwohnerschaft mit der herzlichen Bitte um tatkräftige finanzielle Unterstützung.

Die ärztlichen Berichte der Vorjahre zeigen in eingehender Weise, wie wohltuend der Aufenthalt in der Waldluft auf die schwächlichen Kinder gewirkt hat; darum liegt allen Volksfreunden die Pflicht ob, auch für dieses Jahr die Waldschule so reichlich zu unterstützen, daß es möglich ist, eine große Zahl von erholungsbedürftigen Kindern hinauszuschicken nach Wesloe.

Bis jetzt sind folgende Voraussetzungen erfüllt: Bereitstellung von Lehrkräften durch die Ober Schulbehörde, wirtschaftlicher Anschluß an die Kindererholungsstätte vom Roten Kreuz in Wesloe, geeignete Unterkunftsräume, ermäßigte Eisenbahnfahrtskosten.

Eine größere Sorge verursacht wiederum die Deckung der laufenden Betriebskosten. Darum unsere nochmalige herzliche Bitte um einmalige oder jährliche Unterstützungen für die Waldschule. Jede Gabe wird gern angenommen.

Wer 90 Mk. gibt, erlangt das Recht, ein schwächliches Kind während des ganzen Sommers in die Waldschule zu senden. Nur die Eisenbahnfahrtskosten hätten die Eltern in diesem Falle zu tragen.

Sofern der Zustand eines Kindes die Beteiligung am Unterricht nicht zuläßt, wird es in der unmittelbar angrenzenden Kindererholungsstätte des Roten Kreuzes gute Unterkunft finden.

Die Anmeldungen zur Waldschule sind bei dem Waldschulärzte, Herrn Dr. med. F. Meyer, Johannisstraße Nr. 12 in den Sprechstunden nachm. von 4-5 Uhr in der Zeit vom 1. bis 18. März einzureichen.

Die Waldschulkommission.

Schulrat Professor Dr. Wychgram, Vorsitzender.

Dr. med. J. Meyer, Waldschularzt.  
Lehrer Hans Satow, Schriftführer.  
Raupmann H. G. B. Radbruch, Kassensführer.

Bielefeldt, Geheimrat Regierungsrat.  
W. Dahms, Buchdruckereibesitzer.  
Lehrer K. Groth, Frau. Gustävel.  
Hauptlehrer Henschen, Professor.  
Dr. Otto Hoffmann, Frä. Koltze.  
Inspektor Oberländer, Dr. med. Ott.  
Dr. med. Pauli, Frau. Martha Bösing, Frau Senator Strack, Frau. Wulf.

**Willy Koch**

= Zahntechniker =

Lübeck, Holstenstrasse 21.

## Auf Kredit

**Möbel:** Vom einfachsten bis elegantesten Genre. Einzelne Stücke und komplette Einrichtungen.  
Spezialität: **Braut-Ausstattungen.**

**Herren-Konfektion:** Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen, Gehrockanzüge etc. in jeder Größe und Preislage.

**Damen-Garderoben:** Jacken-Kleider, Kostüme, Kostümröcke, Blusen, Mäntel, Kimonos, Jackets in bisher nie dagewesener Auswahl.

**Kinder-Konfektion u. Manufakturwaren, Kleinmöbel, Polsterwaren, Spiegel etc.**

**Kleine Anzahlung — Bequeme Abzahlung.**

Prinzipien der neuen Geschäftsführung.  
**Reell, kulant und billig.**

Lieferung in Stadt Lübeck frei ins Haus.

# S. Sachs

Schmiedestr. 2.

Schmiedestr. 2.

Täglich  
in allen Verkaufsstellen:  
frisches

**Kraft-Dauer-Brot**  
C. Siemers, Struckmühle.  
Fernsprecher 1110.

Spezialität:

**Curauer  
Mandelpuffer**

Zu haben in den  
bekanntesten Niederlagen.



**St. Jürgen-Fahrräder**

von 51.— Mk.

Spezial-Räder

von 47.50 Mk.

**G. H. J. Graucob,**

Bücherstraße 23, 1.

**Samenhandlung Schelm & Wege**

Lübeck, Mengstraße 10.

Beste Bezugsquelle. Hauptkatalog gratis u. franko.

Unser Katalogauszug erscheint demnächst in dieser Zeitung.

Als Bezugsquelle feinsten  
**Salzheringe, Fischtonjerven, Salzgurten, Käse etc.**  
empfiehlt sich die Firma  
H. L. Wiegels (vorm. I. C. Bunge) G. m. b. H., Fischergarbe 61.

**Carl Folkers  
Möbelmagazin**

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.  
Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubecca-Rabattmarken.



Das echte  
Hansa-  
Puddingpulver

liefert nicht nur eine köstliche und höchst nahrhafte Nachspeise, man erhält auch obendrein noch für 50 ausgeschnittene Hansa-Bons i. große Dose ff. Kakes gratis.

**Beerdigungs-Institut  
„Pietät“**

H. GRIMM, Wickedestr. 49.

Fernsprecher 1424.

Übernahme ganzer Beerdigungen  
Überführung m. eig. Tranportwagen  
Gr. Lager v. Särgen u. Einkl. jed. Art.

**Curauer  
Korinthenbrot**

in vorzüglicher  
Qualität.







**Sehr preiswert!**

Sonntag früh von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 9 Uhr  
einen großen Posten, ganz frisch gefalzen,  
**Schwanzen, Pfoten und  
Schweinefleisch,**  
diesmal ganz besonders schön,  
**das Pfd. nur 15 Pfg.**  
Verkauf in der Fabrik Beim Netzeich 14.

Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik  
August Scheere.

Berliner  
**Volks-Zeitung**

**2mal täglich**

erscheint die Berliner Volks-Zeitung,  
sie ist dadurch in der Lage, ihre  
Leser über alle wichtigen Begeben-  
heiten schneller unterrichten zu können,  
als dies bei den täglich nur einmal  
erscheinenden Blättern der Fall sein  
kann. Die Berliner Volks-Zeitung  
bietet mit ihren Gratis-Beiblättern:  
Täglich. Unterhaltungs-Blatt (4seitig),  
farbiges, illustriertes  
Witzblatt „Uik“  
(8seitig), „Illustrierte Familien-Zeitung“  
(16seitig) und „Illustrierte Kinder-Zei-  
tung“ (14seitig) einen äusserst  
vielseitigen Lesestoff.

Man abonniert bei allen Postanstalten zum  
Preise von 90 Pfennig monatlich.

Mehr als 63 000 Abonnenten.

**Waisen-Hof. Sonntag: Tanz**

Eintritt frei. Gustav Gipp.

Außerordentliche

**General-Versammlung**  
der Allgemeinen  
Ortskrankenkasse Schwartau  
am Sonntag, dem 5. März,  
nachmittags 3 Uhr,  
im Gasthof Transvaal.  
Tages-Ordnung:  
2. Ergänzungswahl des Vorstandes.  
1. Sonstiges.

Der Vorstand.

**Wetterichs Dampfer n. Waldhalle**  
Sonntags bei günstiger Witterung:  
Ab Goldendörfer 1.30, 3.40, 4.20 nachm.  
Ab Waldhalle 2.15, 3.40, 6 nachm.  
Fahrpreis: II. Klasse 10 Pf. a Person  
I. Kl. Erwachsene 20 Pf., Kinder 15 Pf.

**Gasthof „Stein-Mühlen“**  
Am Sonntag, dem 5. März:  
Verpielen von ger. Xalen  
wozu frdl. einladet Betty Stadt.

**Zauberflöte** Schüssel-  
buden 4.  
Neue Kapelle!!!  
Sachsen-  
Orchester „Aida“  
(6 Damen u. 2 Herren)  
Eintritt frei.

**Wilhelm-Theater.**  
Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:  
**Tanzkränzchen**

**Adlershorst.**  
Jeden  
Sonntag:  
**Tanzkränzchen**

Am Sonntag,  
5. März:

**Tanzkränzchen**  
in nächstehenden Lokalitäten:

**Friedr. Franz-Halle**  
Großes  
Tanzkränzchen.  
Anf. 4 Uhr. Eintr. frei.  
L. Stamer.

**FLORA.**  
Großes Tanzkränzchen.  
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt frei. Max Siems.

**Gesellschaftshaus Marli.**  
Marlstr. 18.

**Freies Tanzkränzchen.**  
Heinrich Kaben.

**Friedrichshof.**  
Großer Tanz.  
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.  
Eintritt frei. J. H. Hagestein.

**Hansa-Halle.**  
Großes Tanzkränzchen.  
Anf. 5 Uhr. Eintr. frei. Ende 1 Uhr.  
Abonnem. 50 Pfg. J. Rieck.

**Brauerei Fackenburg.**  
Sonntag, den 5. März 1911:  
**Großes Konzert**  
verbunden mit gr. Fastnachtshill.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfg.  
Otto Tamsen.

**Sozialdemokratischer Verein.**

**Mitglieder-Versammlung**

am Dienstag, dem 7. März 1911  
abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

- Tages-Ordnung:  
1. Statistik über die Beteiligung am Rühle-Kursus.  
2. Die diesjährige Maifeier.  
3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
Der Vorstand.

**Gewerkschaftshaus Lübeck**

Johannisstraße 50-52.

Spezialität: Frühstücks- u. Abendplatte. Zivile Preise.  
ff. bürgerl. Mittagstisch 65 Pf. von 12-2 Uhr.



**Arbeiter-Radfahrer-  
Berein Lübeck.**

Sonntag, den 5. März 1911:

**Frühjahrs-Vergnügen**

verbunden mit Reigenfahren und Kappenfest  
in sämtl. Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.

Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Das Fest-Komitee.

**EINSEGL.**

Sonntag, den 5. März 1911:

Gr. humor. Kappenfest u. Ball, verb. mit Aufführungen  
unter Mitwirkung des Dilettantenklub St. Gertrud.

Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Von 6 bis 8 Uhr Aufführung.  
Kasseneröffnung 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende morgens.  
Hierzu ladet freundlichst ein Jenkel.

**Biophon**

Lichtbild-Theater

nur Breite Straße 52.

Wieder ein

**Großer Schlager.**  
**Der Letzte der Abenceraggi**

nach der Novelle von Chateaubriant  
u. a. das hervorragende Programm.

Keine Pause. Nur für Erwachsene.

**Zentral-Hallen.**

Sonntag, den 12. März 1911:

II. grosse öffentliche

**Volksmaskerade**  
und Kappenfest für Zuschauer.

H. Pagel.

**Wakenitz-Bellevue.**

Am Mittwoch, dem 8. März:

**Familienball.**

**Buchbinder-Verband.**

Sonntag, den 5. März 1911

**humoristischer Abend**

bestehend in  
Konzert, Aufführungen und Ball  
in „Wakenitz-Bellevue“.

Anfang 7 Uhr.

Eintrittspreis 50 Pfg., eine Dame frei

**BALL**

der  
**Schweinegilde v. Moisting**

und Umgegend  
verbunden mit Witzkränzchen  
am Sonntag, 5. März

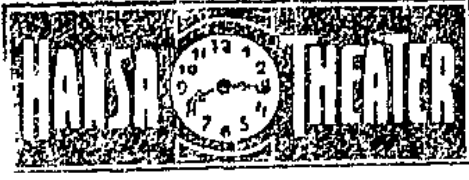
im Lokale Kaffeehaus Moisting  
Anfang 7 Uhr.  
Eintritt 50 Pfg.

Hierzu ladet ein Das Komitee.

**Panorama**

Breitestr. 53 I., 31  
Ein Besuch von Götting  
u. d. Thüringer Waldes

Friedrichroda, Tal, Reinhards-  
brunn, Labarz, Müsterbergen,  
Hainfelden.



Sonntag, 5. März, einschließ-  
lich Sonntag, 12. März:  
Täglich 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr

**Letzter Varieté-Spielplan  
dieser Saison.**

Gastspiel. Die größte Neuheit  
der international. Varieté-Bühne  
**La puissance de la musique**  
(Die Macht der Musik.)

**Die Wunderkinder**

Edith Althoff, 8 Jahre alt,  
Hertha Althoff, 5 Jahre alt.  
Blühende Ausstattung!

**Bachus und Meallen,**  
Egypische-Tänzer.

**Bert de Brun-Trio,**  
die besten fliegenden Reck-  
Gymnastiker der Welt!

**Arthur Wenzel,**  
Sächsl. Humorist u. Charakterist.

**Carla Meding,**  
Verwandlungs-Tänzerin.

**La belle Irvy u. Rio de Costa,**  
Komisch-akrobatische Radfahrer.

**Original Fred Kaiser,**  
Zirkus-Musik.

**Dr. Erwin u. Sophie Hemmer,**  
Kunstgesangsduett aus der  
Biedermeierzeit,

sowie die übrigen Attraktionen.  
Vorverkauf bei Sager. Die noch  
ausstehend. Vorzugskarten haben  
nur noch wochentags, vom  
6. bis 11. März Gültigkeit.

**Stadthallentheater.**

Sonntag, 5. März. Abends 8 Uhr  
**Der König (Le Roi).**

Quintett von Gaillet u. de Fiers  
Vorverkauf täglich in den bekannten  
Stellen bei Nagel, Markt 14, und  
Roh. Kohnmarkt 13.

**Neues Stadttheater.**

Sonntag, 5. März. Nachm. 3 Uhr  
**Bei kleinen Preisen!**

**Die geschiedene Frau.**

Operette von Leo Fall.  
Sonntag, 5. März. Abds. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
Gewöhnliche Opern-Preise!

**Lily Herking**

vom Herzogl. Hoftheater in Dessau  
**Mignon.**  
Oper von A. Thomas.  
Montag, 6. März. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
**Bei kleinen Preisen!**  
**Alt-Heidelberg.**  
Schauspiel von Meyer-Hörster.  
Dienstag, 7. März. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
Uraufführung!  
**MODELLE**  
Schauspiel von Johannes Tralew